

## Die „Causa Brender“

Vom öffentlichen Streit um die Vertragsverlängerung des ZDF-Chefredakteurs zur Diskussion um den politischen Einfluss auf den Rundfunk

*Christian Schäfer*



Christian Schäfer

### 1. Einleitung

Am 11. Dezember 2009 demonstrierten vor dem Tagungsgebäude des ZDF-Fernsehrates Redakteure des Senders mit dem Slogan „Wir sind kein Regierungssender“. Der Grund: zwei Wochen zuvor, am 27. November, stimmten sieben von 14 Mitgliedern des ZDF-Verwaltungsrats gegen die Verlängerung des Vertrags von Nikolaus Brender. Nach rund zehn Jahren als Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens folgt ihm im April 2010 Peter Frey, der bisher Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios war. Vorrausgegangen war eine monatelange hitzige Diskussion in der Öffentlichkeit, in der die mögliche Auswahl öffentlich-rechtlicher Journalisten nach Parteibuch ebenso Thema war wie der politische Einfluss auf ARD und ZDF überhaupt.

Der Streit um diese „Causa Brender“ mobilisierte Journalisten, Medienrechtler und -wissenschaftler sowie Politiker aller Parteien und nicht zuletzt engagierte ZDF-Zuschauer. Sie alle argumentierten auf drei inhaltlich-thematischen Ebenen. Auf der ersten Ebene wurde vor allem über die Qualität des ZDF-Fernsehprogramms und die journalistische Qualität Brenders selbst diskutiert. Auf der zweiten Ebene ging es um juristische und demokratietheoretische Fragen. Als drittes lässt sich die Ebene der politischen Diskussion identifizieren. Bei ihr schlugen sich vor allem der Streit zwischen den Parteien und Machtfragen nieder. Im Folgenden werden die zentralen Argumente und Standpunkte der Kontroverse für jede Ebene dargelegt.

### 2. Der Aufbau des Zweiten Deutschen Fernsehens

Zum besseren Verständnis sei zuvor jedoch noch kurz der organisatorische Aufbau des ZDF erklärt. Der 1961 geschlossene Staatsvertrag zwischen den Bundesländern regelt in seiner aktuellen Fassung die Zusammensetzung der beiden wichtigsten Gremien folgendermaßen: Der Fernsehrat besteht aus 77 Mitgliedern, von denen 31 von den Parteien oder Landesregierungen bzw. der Bundesregierung entsandt werden. Von den 46 übrigen Mitgliedern gesellschaftlicher

Gruppen, Verbände und Organisationen werden 41 direkt oder indirekt von den Ministerpräsidenten ausgewählt. Der Fernsehrat erstellt u.a. die Richtlinien für das ZDF-Programm, beschließt die Satzung, genehmigt den Haushaltsplan und entlastet den Intendanten. Momentan ist der Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz (CDU) Vorsitzender des Fernsehrats.

<http://tinyurl.com/yea5o5j> Im Verwaltungsrat sitzen fünf Ländervertreter, die von den Ministerpräsidenten ausgewählt werden. Momentan sind das je zwei Ministerpräsidenten der SPD (Platzek, Beck) und der CDU (Müller, Koch) sowie Edmund Stoiber (CSU). Hinzu kommen ein Vertreter des Bundes (Kulturstaatsminister Bernd Neumann von der CDU) und acht vom Fernsehrat gewählte Mitglieder. Vorsitzender ist gegenwärtig der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck. Sein hessischer Amtskollege Roland Koch ist stellvertretender Vorsitzender. Nur „im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrat“ kann der ZDF-Intendant Markus Schächter den Chefredakteur berufen.

### 3. Kontroverse in vier Phasen

<http://tinyurl.com/ybthklp> Die Diskussion um Brenders Vertragsverlängerung lässt sich in vier Phasen gliedern, in denen jeweils auf allen drei Ebenen debattiert wurde. Die erste Phase begann am 16. Februar 2009, als der „Focus“ über eine zehn Tage zuvor stattgefundene Verwaltungsratssitzung berichtete, auf der Edmund Stoiber sich lautstark gegen Schächters Vorschlag wehrte, den Vertrag von Chefredakteur Brender zu verlängern.

Verschieden Medien berichteten dann aber, Roland Koch sei eigentlich der Organisator einer Gruppe aus Mitgliedern und Freunden der CDU/CSU, welche die Vertragsverlängerung verhindern wollte. Nach einem Interview Kochs, in dem er die Leistungen Brenders für das ZDF kritisierte, zog er große Mengen Kritik von Journalisten, Medienexperten und -rechtlern sowie Politikern anderer Parteien auf sich. Auch im Bundestag wurde über die „Causa Brender“ debattiert. Als ZDF-Intendant Schächter dann am 13. März die Entscheidung über eine Vertragsverlängerung vom 27. März auf den 27. November vertagte, ebte die Diskussion ab und die erste Phase endete.

Die zweite Phase begann am 27. März, als bekannt wurde, dass Brender im Oktober mit dem renommierten „Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus“ ausgezeichnet werden würde. Aus Mangel an neuen Entwicklungen und in Anbetracht der Berichterstattungskonkurrenz durch Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen wurde über Brender erst wieder vermehrt im Rahmen des Deutschen Fernsehpreises im September berichtet, sowie im Oktober, als er den Preis verliehen bekam. Das Ende der zweiten und den Beginn der dritten Phase markiert ein offener Brief von 35 Verfassungs-, Verwaltungs- und Medienjuristen vom 22. November an den ZDF-Verwaltungsrat und endet mit dem Scheitern der Vertragsverlängerung am 27. November. Danach trat die mediale Öffentlichkeit in die vierte Phase ein, die noch andauert und in der vor allem über mögliche Klagen gegen die Zusammensetzung des Verwaltungsrats vor dem Bundesverfassungsgericht und über Brenders Nachfolger Frey debattiert wird.

### 3.1 Argumente der Qualitätsebene

Roland Koch kritisierte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) die Leistungen Benders für das ZDF. Dabei zeigte er sich vor allem um die Informationssendungen besorgt:

„Man muss diese Diskussion mit ein paar Fakten beginnen, und die sind sehr bitter. ‚Heute‘ hat seit 2002 26 Prozent seiner Zuschauer verloren. 2008 wurden wir erstmals von ‚RTL aktuell‘ überholt, liegen also hinter ‚Tagesschau‘ und der RTL-Sendung nur noch auf Platz 3. Das hätte sich vor fünf Jahren sicher kein Mitarbeiter des ZDF vorstellen können. Das ‚Auslandsjournal‘ hat heute 56 Prozent weniger Zuschauer, der ‚Länderspiegel‘ 16 Prozent. Das ‚Heute Journal‘ hat 10 Prozent weniger Zuschauer – im Gegensatz dazu haben die ‚Tagesthemen‘, die ja keinen privilegierten Sendeplatz haben, ihre Zuschauerzahl halten können. Es ist die Pflicht des Verwaltungsrates, solche Negativentwicklungen zu erörtern.“

<http://tinyurl.com/aadvdf>

Eckhard Fuhr unterstützt Koch in einem Kommentar für die Tageszeitung „Die Welt“:

„Warum gelingt es der ARD besser, das Publikum bei der Stange zu halten? Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass das etwas mit Journalismus zu tun haben könnte und damit in den Verantwortungsbereich des Chefredakteurs fiel.“

<http://tinyurl.com/y94re8f>

Andere Medienjournalisten widerlegten aber kurz darauf die von Koch vorgestellten Zahlen und Brender selbst wehrte sich gegen den schiefen Vergleich mit dem Privatfernsehen:

„Mit negativer Auslese ist wenig anzufangen. Ich könnte ‚heute in Europa‘ dagegen setzen: 48,5% mehr Zuschauer als 2002. Herr Koch vergleicht Äpfel mit Birnen. Etwa die ‚Tagesthemen‘ oder das ‚auslandsjournal‘, die ihre Sendeplätze und/oder ihr Konzept geändert haben. Wir sind stolz auf das ‚heute-journal‘, das mit 3,3 Mio Zuschauern kontinuierlich über eine Million vor den ‚Tagesthemen‘ liegt. Der Marktanteil (12%) ist stabiler als der der ‚Tagesthemen‘ (10,5%). Viel wichtiger aber ist die Konzeption der ZDF-Nachrichtensendungen. Das ‚heute-journal‘ hat den höchsten Anteil aller Nachrichtenmagazine an Politik-, Wirtschafts- und Kulturthemen. Das gleiche gilt für die ‚heute‘-Sendung im Vergleich zu ‚RTL aktuell‘. Wir halten an unserem Qualitätskonzept fest, kontinuierlich über schwierige politische Entwicklungen und über die Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie zu berichten. Nachrichtensendungen ohne Politiker sind quotenträchtiger. Das zeigt die private Konkurrenz. Diesem verführerischen Hinweis von Herrn Koch werden wir aber nicht nachgeben.“

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/976/459616/text/>

Offener Brief hochrangiger ZDF-Journalisten an den ZDF-Intendanten: <http://tinyurl.com/dhrcxn>  
Offener Brief der Zuschauer an den ZDF-Intendanten Markus Schächter: [http://www.brender-mussbleiben.de/unterschriften\\_online.pdf](http://www.brender-mussbleiben.de/unterschriften_online.pdf)

Während das ZDF-Programm also in der Diskussion stand, wurde Brender viel Lob zuteil. Journalistenkollegen, Kurt Beck, Intendant Schächter und sogar rund 2.500 Zuschauer verwiesen auf seine Unabhängigkeit und journalistische Kompetenz.

Er bekam den Preis „Journalist des Jahres 2009“ vom Branchenfachblatt MediumMagazin und den renommierten „Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus“. In seiner Laudatio auf Brender erklärte der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher an einem Beispiel die außerordentliche Qualität Benders:

„Ein Ereignis, das wir nicht vergessen werden, war der Abend des 18. September 2005. [...] Als es geschah, gefror nicht wenigen Zuschauern das Blut in den Adern. Es war ein Moment von solcher Intensität, dass später ein ehemaliger [...] Bundesverfassungsrichter in einem Hintergrundgespräch mit der FAZ bekannte, er habe vor dem Fernseher gesessen und gedacht, wie gut, dass wir eine Verfassung haben.“

<http://tinyurl.com/ycna4k8>

Der Schlagabtausch zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Chefredakteur des ZDF [...] ist ein Musterbeispiel von De-Legitimation im Namen der kritischen Öffentlichkeit. Der Moment, wo Brender gleichsam wie Fazit zu dem enthemmten Kanzler sagt – wörtlich: ‚Herr Schröder, ich nenne Sie jetzt nicht mehr Herr Bundeskanzler, sondern Herr Schröder‘ – war [...] eine Manifestation von Überparteilichkeit. Hier hatte einer keine linke oder rechte Politik gemacht, sondern puren Journalismus in einer Sekunde fast des Ausnahmezustandes. Anders als bei anderen Fällen, in dem das öffentlich-rechtliche Fernsehen unter den Druck der Politik gerät, wurde hier der Zuschauer zum Zeugen journalistischer Autonomie.“

Auch Brender selbst gab mit seinen Äußerungen nie den Anlass, er würde sich einer der Parteien zugeneigt fühlen und das ZDF-Programm dementsprechend formen. Deutlich wird dies auch in der Dankesrede zur Preisverleihung:

<http://tinyurl.com/ycna4k8> „[...] die Begründung, die Haltung eines Journalisten als preiswürdig zu empfinden und zu nennen, ist gerade auch für einen Chefredakteur besonders schwierig. Weil er ja nichts anders tut als das, was er ohnehin tun muss. Es ist eine Selbstverständlichkeit, eine Redaktion zu führen, bestimmte Entscheidungen zu treffen, die nach unseren journalistischen Kriterien ohnehin alltäglich sein sollen: Unabhängigkeit, Unvoreingenommenheit, eine klare Beziehung zu dem, was man hat, ein einigermaßen menschlicher Umgang mit den Journalisten, mit seinen Kolleginnen und Kollegen und vor allem natürlich ein kritischer Blick auf die Öffentlichkeit. [...] Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gehört allen und nicht den einen mehr oder den anderen weniger. Und deswegen haben auch nicht die einen größere Rechte an der Besetzung von Personal und dem Einfluss aufs Programm als die anderen. Unsere Legitimität, unsere Glaubwürdigkeit müssen wir beim Publikum einholen.“

Die journalistischen Fähigkeiten Brenders waren allerdings nie Gegenstand der Kritik durch CDU/CSU und Koch. Darauf wies der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Volker Hoff, hin. Man müsse klar zwischen journalistischer Qualität und Managementqualitäten trennen:

<http://tinyurl.com/y88f5jm> Es gehe „nicht um den Journalisten Brender, sondern um die Position des ZDF-Chefredakteurs. Ein Chefredakteur müsse aber nicht nur journalistische Qualität vorweisen, sondern in erster Linie über Managementqualitäten verfügen, die an Personalführung, Organisation und letztendlich auch Quoten festgemacht werden müssten.“

Roland Koch drückte es nach der Verwaltungsratssitzung am 27. November in einer Pressekonferenz so aus:

[http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/arcniv/medien\\_politik/brender152.html](http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/arcniv/medien_politik/brender152.html) „Ich will auch ausdrücklich sagen, dass es nicht um die journalistische Integrität von Herrn Brender ging. Dass er ein guter Journalist ist und dass er sicherlich auch in Zukunft an der journalistischen Arbeit teilnehmen wird, das hat niemand bestritten, und es ist nicht Gegenstand der Aufgabe des Verwaltungsrats.“

### 3.2. Argumente der Rechtsebene

Mit dieser Unterscheidung rückt die Rechtsebene in den Vordergrund. In einem offenen Brief einiger journalistischer Blogger und Medienwissenschaftler wurde ein mögliches Rechtsproblem deutlich:

<http://tinyurl.com/ydhv484> „Wir sind der Auffassung, dass die inhaltliche Bewertung der bisherigen Arbeit des Chefredakteurs nicht dem Verwaltungsrat obliegen kann. Denn er ist – im Gegensatz zum Fernsehrat – nicht als pluralistisch besetztes Gremium konzipiert. Daraus folgt, dass es ausschließlich Aufgabe des Fernsehrates ist, die inhaltliche Gestaltung des Programms durch den Chefredakteur zu bewerten. Andernfalls würde dem Verwaltungsrat ein Einfluss auf inhaltli-

che Fragen zuteil, der nach der Kompetenzverteilung des ZDF-Staatsvertrages nicht vorgesehen ist und verfassungsrechtlich nicht zulässig wäre.“

Ein zweites und wesentlich intensiver diskutiertes Problem waren und sind die parteipolitischen Freundeskreise in den Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, also hier vor allem im ZDF-Fernseh- und Verwaltungsrat. Über diese könnten Parteien und Politiker, die eigentlich der Kontrolle der Medien („Vierte Gewalt“) unterliegen sollten, selbst Kontrolle ausüben – nämlich über die Personalauswahl genau dieser Medien. Dies ist für viele, wie den ehemaligen Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert, aber auch für SWR-Chefreporter Thomas Leif oder den früheren Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm ein großes Problem für Demokratie, Meinungs- und (innere) Pressefreiheit in Deutschland. Brender ist nach Ansicht des früheren ARD-Chefredakteurs Hartmann von der Tann eine Instanz gegen diese Einflussnahme. Genau das sei sein Problem:

„Nikolaus Brender [...] lässt sich keiner Partei zu- und erst recht nicht in eine einordnen. Er geht zu keiner Sitzung der politischen ‚Freundeskreise‘, wo ‚rote‘ oder ‚schwarze‘ Gremienmitglieder mit Journalisten kungeln – ein Unikum. Er hat sich von Anfang an der Kumpanei zwischen Journalisten und Politikern, dem Spiel der ‚kleinen Gefälligkeiten‘ widersetzt. Ein bayerischer Nachwuchspolitiker etwa, der zu Anfang seiner Amtszeit mit einem ‚Personalschlag‘ Brenders Büro betreten hatte, soll dieses nach kurzer Zeit und mit deutlich schmalerer Spur wieder verlassen haben.“

<http://tinyurl.com/mu9sxx>

Das Grundgesetz und dessen Auslegungen durch das Bundesverfassungsgericht sehen eine möglichst staatsfreie mithin staatsferne Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Das heißt aber nicht – so der Mainzer Medienrechtler Dieter Dörr – dass Parteien und der Staat überhaupt keinen Einfluss haben dürfen:

„Staatliche Vertreter widersprechen ja grundsätzlich der Vorstellung von Staatsfreiheit des Rundfunks. Eine gewisse Anzahl von staatlichen Vertretern, aber nur sehr wenige – und beim ZDF sind es direkte staatliche Vertreter – dürfen Gremien angehören. Aber die Zahl ist problematisch. Gerade beim Verwaltungsrat. [...] der Staat darf zwar begrenzt Vertreter in Rundfunkgremien entsenden und auch politische Parteien, aber es darf kein beherrschender, kein übermäßiger Einfluss sein.“

[http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien\\_politik/brender122.html](http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/brender122.html)

Dörr gehörte auch zu den Unterzeichnern des schon eingangs erwähnten, vielbeachteten offenen Briefes von 35 Verfassungs-, Verwaltungs- und Medienjuristen:

„Es geht schlicht darum, wer das Sagen, wer die Macht hat beim ZDF. Es handelt sich um den offenkundigen Versuch, einen unabhängigen Journalisten zu verdrängen und den Einfluss der Parteipolitik zu stärken. Damit wird die Angelegenheit zum Verfassungsrechtsfall und deshalb mischen wir uns ein. [...] Sollte sich herausstellen, dass letztlich ein Ministerpräsident als Meinungsführer stark genug ist, um einen bestimmten Chefredakteur zu verhindern, so würde dies einen praktischen Beleg dafür liefern, dass die zum Teil geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber der Zusammensetzung des Gremiums nicht unbegründet sind.“

<http://tinyurl.com/y8bxh9u>

Gegen diese Sichtweise stellte sich Fuhr in „Die Welt“. Er sah durch diesen Brief die Entscheidungsfreiheit des Verwaltungsrats bedroht:

„Diese Juristenlogik muss man erst einmal begreifen. Bei der Frage, ob ein öffentlich-rechtliches Gremium in seiner Zusammensetzung verfassungsgemäß ist, kommt es also darauf an,

<http://tinyurl.com/y95v6k6>

welche Beschlüsse es fasst. Entscheidet der Verwaltungsrat für Brender und gegen Koch, zerstreuen sich die verfassungsrechtlichen Bedenken. Im anderen Fall sehen sie sich bestätigt. Die Antwort auf die Frage, ob Nikolaus Brender der richtige ZDF-Chefredakteur ist, wird für die Verwaltungsratsmitglieder zu einer Art Offenbarung ihrer Verfassungstreue umgedeutet. [...] Auch so kann man die Entscheidungsfreiheit eines Kontrollgremiums in unerträglicher Weise bedrohen.“

Auch von der Tann entdeckte juristischen Klärungsbedarf. Er verwies auf mögliche Interessenskonflikte der von Parteien und Regierungen bestimmten Fernsehratsmitglieder:

<http://tinyurl.com/mu9sxxg> „Im ZDF-Staatsvertrag heißt es: ‚Die Mitglieder des Fernsehrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Fernsehrates zu gefährden.‘ Keine sonstigen Interessen. Da gäbe es einiges zu prüfen, für das Bundesverfassungsgericht.“

Für Koch und Hoff war die Entscheidung gegen Brender dagegen durchaus legitimiert. Hoff wunderte sich zudem über die hitzige Diskussion ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt:

<http://tinyurl.com/y88f5jm> „Wer heute empört aufschreit, weil der Vertrag eines Journalisten als Chefredakteur nicht erneut verlängert wird, der muss sich fragen lassen, warum er vor 10 Jahren bei der ersten Besetzungsentscheidung und bei der Vertragsverlängerung vor fünf Jahren geschwiegen hat. [...] Jede Personalentscheidung im Rundfunk, unabhängig von der Herkunft der Gremienmitglieder, beinhaltet zwangsläufig eine Befassung mit Rundfunkangelegenheiten, ohne dass die Rundfunkfreiheit hiervon tangiert werde.“

<http://tinyurl.com/aadvdf> Für Roland Koch ist es „nichts Unanständiges, wenn der Verwaltungsrat Personalfragen stellt, sondern er tut genau das, wozu er laut Staatsvertrag berufen ist. [...] Öffentlich-rechtliche Sender stehen in der Verantwortung der Gesellschaft und der Politik und werden sich davon auch nicht völlig lösen können. Das ist ein Teil von Demokratie. Politiker sind nicht eine Gefahr für die Demokratie, sondern ihre Grundlage.“

In einem Interview mit der „Oberhessischen Presse“ argumentierte Koch außerdem mit seiner Funktion als Vertreter der Bürger des Landes Hessen:

<http://tinyurl.com/yedlmcr> „Um es klar zu sagen: Es muss außerhalb der angestellten Mitarbeiter jemanden geben, der die Verantwortung trägt. Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist letztlich der Gebühren zahlende Staatsbürger der Eigentümer. [...] Am ehesten sind dazu legitimiert die Vertreter, die aus der Politik kommen. Die Politiker sollten in diesen Gremien nicht die Übermacht haben. Aber dass sie mit ihrer beruflichen Erfahrung Einfluss nehmen auf das Gestalten eines Milliardenhaushaltes mit Tausenden Mitarbeitern halte ich für selbstverständlich. Ich habe das gleiche Recht und die gleiche Verantwortung zu sagen, ich vertrete in diesem Gremium die Bürger dieses Landes, wie andere Mitglieder, die eine Gewerkschaft oder eine Glaubensgemeinschaft repräsentieren.“

Möchte man den Einfluss der Parteien zurückdrängen, so Bettina Gaus in der „tageszeitung“ (taz), dann sollte man aber auch sagen, wer an deren Stelle die Kontrolle in den Gremien des ZDF ausüben soll:

<http://tinyurl.com/y9pz87a> Einige „fänden es einfach gut, wenn der Einfluss von Parteien insgesamt zurückgedrängt würde, auch und gerade im Hinblick auf Meinungsbildung. Alle, die jetzt stehend applaudieren, sollten sagen, was sie für eine demokratischere Alternative hielten: Bertelsmann? Rupert Murdoch? Nicht wirklich, oder?“

Auch Dieter Grimm fragte in der FAZ:

„[...] was wäre die Alternative? Man wird auch nicht wünschen, dass sich eine öffentlich-rechtliche Anstalt aus sich selbst rekrutiert oder dass der Intendant ein Alleinentscheidungsrecht hat.“

<http://tinyurl.com/y9736kw>

Nach der gescheiterten Vertragsverlängerung am 27. November – laut Medienrechtler Hubertus Gersdorf ein „schwarzer Tag, ein schwarzer Freitag, für die Unabhängigkeit des Journalismus“ und für Verwaltungsratsmitglied Dieter Beuermann „keine Sternstunde für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ – mehrten sich die Stimmen, gegen die Zusammensetzung des Verwaltung- und Fernsehrats vor dem Verfassungsgericht zu klagen.

<http://tinyurl.com/yeepeoz>

Klageberechtigt sind die Bundesregierung, jede Landesregierung oder ein Viertel der Bundestagsmitglieder. Bündnis90/Die Grünen und die Linkspartei bereiten bereits ein entsprechendes Normenkontrollverfahren vor. Auch Intendant Schächter könnte klagen. Sollten die Klagebemühungen scheitern zieht Gersdorf in Erwägung,

„[...] selbst ein Verfahren zu initiieren. Ich überlege mir, dann die ZDF-Fernsehgebühr nicht mehr zu zahlen und auf diese Weise zu versuchen, im Rahmen des Gebührenstreits diese grundsätzlichen Fragen klären zu lassen.“

Interview mit Gersdorf in: *journalist*, 1/2010, S. 59

### 3.3. Argumente der Politikebene

Doch warum sollten die Grünen und die Linkspartei daran scheitern, ein Viertel der Abgeordneten zu mobilisieren? Schließlich gibt es auch bei SPD und CDU einzelne Bestrebungen, die eine Klärung durch das Verfassungsgericht wünschen.

<http://tinyurl.com/yd4mkms>

Die Antwort auf diese Frage führt auf die politische Ebene der Kontroverse. Vermutlich werden SPD und CDU/CSU wegen eines drohenden Machtverlustes nicht klagen wollen und auch ihre Koalitionspartner in Bund und Ländern davon abhalten. So lautete zumindest die These des Medienjournalisten Steffen Grimberg im Interview mit dem Medienmagazin „Zapp“ des NDR:

„Weil natürlich die SPD, genau wie die CDU, [...] ihren Einfluss bei den öffentlich-rechtlichen weiter wahrnehmen will. Vielleicht nicht ganz so stark – vielleicht nicht ganz so dümmlich, wie das jetzt von Koch und Stoiber veranstaltet wird – mit Blick auf Brender und die ganze Klamotte. Aber ich glaube nicht, dass die SPD wirklich bereit sein wird, da komplett rauszugehen.“

[http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien\\_politik/brender122.html](http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/brender122.html)

Das änderte allerdings nichts daran, dass die Union im Bundestag heftigst für ihr Vorgehen gegen Brender kritisiert wurde. Der damalige Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien, Hans-Joachim Otto (FDP), sagte:

„Was dort gerade um Nikolaus Brender und das ZDF herum abläuft, ist geeignet, das ZDF als eine wichtige Säule der deutschen Medienordnung zu diskreditieren. Beenden Sie bitte das unwürdige Spiel der parteipolitischen Pression!“

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Fritz Kuhn:

„Dass aber Ministerpräsidenten, die im Verwaltungsrat sind, diese Debatte öffentlich führen und damit eine öffentliche Personaldiskussion in der Absicht führen, das Interesse eines Regierungschefs durchzusetzen, das hat nichts mit staatsfernem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu tun, sondern das ist ein illegitimer Eingriff in die deutsche Rundfunk- und Fernsehverfassung insgesamt.“

Die Linkspartei schlug vor, dem ZDF eine Intendantenverfassung nach dem Vorbild des Hessischen Rundfunks (HR) zu geben, so dass der Intendant bei der Besetzung des Chefredakteurpostens den Verwaltungsrat nicht mehr konsultieren müsste. Lothar Bisky unterbreitete den Abgeordnetenkollegen der anderen Parteien dann zusätzlich das Angebot, alle Parteivertreter aus den ZDF-Gremien zurückzuziehen:

Plenarprotokoll 16/208 in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf> „Die unappetitlichen Vorgänge im ZDF zeigen doch, dass der Parteienproporz und der Versuch, in den Medien immer wieder Parteiinteressen durchzusetzen, nicht der Geschichte angehören, sondern lebendige Gegenwart sind. Deshalb schlagen wir einen Parteienrückzugsvertrag vor. Wir sind für den Rückzug unserer Vertreter aus den Gremien, wenn die anderen Parteien mitmachen. Lassen Sie die frei gewordenen Plätze in den Gremien durch gewählte Rundfunk- und Medienräte besetzen!“

Die SPD sah sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als Drahtzieherin hinter der „Causa Brender“. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Konken drückte es drastisch aus:

„Der Koch, der zum Kellner wurde“ in: [journalist, 1/2010, S. 7](http://journalist.1/2010/S.7) „Kochs angeblicher Sieg ist eine Niederlage der Demokratie und ein Faustschlag ins Gesicht des Journalismus. Immer mehr scheint sich zu bewahrheiten, dass Koch nur der Kellner der Spaghetti à la Berlusconi war. Die Berliner Weiße dazu soll ihm vorher seine Bundeswirtin eingeschickt haben.“

Die Union wehrte sich in der Bundestagsdebatte in Person von Reinhard Grindel gegen diese Angriffe und kritisierte Kurt Beck:

Plenarprotokoll 16/208 in: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16208.pdf> „Wir können uns gerne über die Frage der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens unterhalten, liebe Kollegen von der SPD. Aber, ich finde, wer das einfordert, sollte sich nicht vom Geld des Gebührenzahlers eine Geburtstagsfeier bezahlen lassen, wie es der Kollege Beck getan hat. Das ist unehrlich.“

<http://tinyurl.com/ycww9za> Aus dessen rheinland-pfälzischer Staatskanzlei kam Ende des Jahres 2009 ein Vorschlag zur Reform des ZDF-Staatsvertrags, der vorsieht, das Einvernehmen des Verwaltungsrats mit dem Intendanten in ein zu begründendes Vetorecht abzuändern, den Einfluss des Bundes und der Parteien zu schwächen und den der gesellschaftlichen Organisationen und Verbände zu stärken.

Der frühere Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem kritisierte jedoch den Vorschlag:

<http://www.sueddeutsche.de/kultur/774/497083/text/> „Ein modernes Konzept, das auch zwischenzeitliche Änderungen in der Zivilgesellschaft aufgreift, liegt dem Schnellschuss aber offensichtlich nicht zugrunde. Es darf angenommen werden, dass Grüne und SPD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eher stärken und die Existenz des ZDF nicht gefährden wollen. Soll dies gelingen, müsste es realistische Chancen geben, dass die Länder sich auf einen geänderten Staatsvertrag einigen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dabei nicht geschwächt wird. Dafür aber gibt es zur Zeit kaum Anzeichen.“

In einem Bericht von „Spiegel Online“ wurden auch die Kritikpunkte der Grünen und der CDU/CSU deutlich:

<http://tinyurl.com/yhz2yrx> „Die Grünen äußerten sich skeptisch zu den Vorschlägen. Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, sagte, die Vorschläge gingen zwar in die richtige Richtung – Staatsferne werde dadurch aber noch nicht gewährleistet. [...] Die Grünen fürchten, dass Beck einer Klage vorgreifen wolle, um den letzten Einfluss der SPD im ZDF zu retten. [...]

Beck begründete erneut, warum er eine Verfassungsklage ablehnt: „Da würden wir ja gegen uns selber klagen“, sagte er. Zwar wolle er den juristischen Weg nicht komplett ausschließen, zunächst sollten die Verantwortlichen aber versuchen, neue Bedingungen zu schaffen.

Und was sagt die Union? [...] „Selbstverständlich hat Ministerpräsident Beck die Möglichkeit, seine Vorschläge der Rundfunkkommission der Länder [...] vorzulegen“, sagte Hessens Regierungssprecher Dirk Metz. „Jenseits einer grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft wird er dabei allerdings mehr vorlegen müssen als eine doch sehr vordergründig auf tagespolitische Wirkung angelegte Reaktion.“

Es gab über diesen machtpolitischen Streit hinaus auch Stimmen, die sich eher beschwichtigend äußerten. Der ehemalige ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser zitierte Bundespräsident Horst Köhler (CDU) nach einem Gespräch beim Bundespresseball mit den Worten: „Davon geht die Welt nicht unter.“

<http://tinyurl.com/y8jux3s>

Klaus Wowereit (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin, sagte auf derselben Veranstaltung:

„Ach, wissen Sie, das ist keine juristische Auseinandersetzung, finde ich. Ich weiß nicht, ob jemand klagt oder nicht. Ist mir auch ehrlich gesagt relativ egal. Ich finde, da muss ein Aufstand kommen der Anständigen und diejenigen (sic!), die Pressefreiheit verteidigen wollen.“

[http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien\\_politik/brender152.html](http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/brender152.html)

#### 4. Ausblick

Nachdem Peter Frey durch Intendant Schächter und den Verwaltungsrat am 10. Dezember 2009 zu Brenders Nachfolger bestimmt wurde, ging die Zahl der Diskussionsbeiträge und damit auch die Berichterstattung deutlich zurück. Frey gilt unter seinen Journalistenkollegen als vortrefflicher Journalist und trotz allem würdiger Nachfolger. Allerdings, so Peter Voß, der frühere Intendant des SWR, könnte ihm das gleiche wie Brender widerfahren:

„Der einzige Trost ist, dass mit Peter Frey ein exzellenter Mann kommt, der auch unabhängig ist. Aber wenn ich mir vorstelle, dass es mit ihm vielleicht nach fünf Jahren auch vorbei ist, wenn er genauso unabhängig ist wie Brender ... das ist nicht okay, das hat einen Aspekt von Einschüchterung [...]“

<http://tinyurl.com/yee6f4o>

Die nächsten heißen Diskussionsphasen werden voraussichtlich zur Ablösung Brenders Ende März 2010 und zur Abstimmung über ein Normenkontrollverfahren im Bundestag auftreten. Man darf gespannt sein, ob das Bundesverfassungsgericht sich mit den ZDF-Gremien befassen wird und wie sich Peter Frey von dem Vorurteil befreien will, ein Chefredakteur „von Gnaden der Politik“ (von der Tann) zu sein.

[http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien\\_politik/brender130.html](http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/archiv/medien_politik/brender130.html)